

Leserbrief zu ihrem Bericht in Nr. 43 v.
17.10.2015, Das Risiko-Paradox.

Mit freundlichen Grüßen

Fritz Buhr, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der
Paderborner Natur- und Umweltschutzverbände

„Als langjähriger Spiegel-Abonnent bin ich entsetzt über den Fracking-Bericht (Das Risiko-Paradox) in der Ausgabe v. 17.10.15: So unqualifiziert und unbedarft darf der doch sonst für seine guten Recherchen bekannte Spiegel über ein solches Thema nicht schreiben! Die beiden Autoren Steppat und Traufetter haben offenbar keinen sehr tiefen Blick in nur eines der vielen Gutachten geworfen, die inzwischen zum Fracking erstellt worden sind.

So kommt beispielsweise der Sachverständigenrat der Bundesregierung zu Umweltfragen (SRU) zu dem Fazit, dass die Gewinnung von Schiefergas in Deutschland durch Fracking weder die Energiepreise senken noch die Versorgungssicherheit erhöhen könnte: Es sei aus energiepolitischen Gründen nicht förderungswürdig. Daher bestünde dafür kein besonderes übergeordnetes öffentliches Interesse, „möglicherweise aber ein betriebswirtschaftliches Interesse der Industrie“. Zudem könne es auch „keinen maßgeblichen Beitrag zur Energiewende leisten.“

Warum nimmt der Spiegel dieses eindeutige Urteil eines Regierungsorgans nicht zur Kenntnis und macht sich statt dessen zum Sprecher von Exxon und Co? Zumindest sollte doch auf solche Beurteilungen hingewiesen werden.

Hingewiesen werden könnte auch auf das bisher wohl umfassendste, über 600 Seiten lange, Gutachten des Umweltbundesamtes (UBA) Fracking II vom Juli vergangenen Jahres. Darin wird u.a. an Beispielen aus den USA, wo es bereits hunderttausende von Bohrungen gibt, aufgezeigt, dass Fracking immer mit einer weitgehenden Industrialisierung ganzer Landstriche verbunden ist: Fracking frisst Fläche. Jedes Bohrfeld in Hektargröße (10.000 Quadratmeter) versiegelt und erschlossen mit einem für den Schwerlastverkehr von mehreren tausend LKWs geeigneten Straßensystem. In NRW haben sich die Konzerne mittlerweile 47 % der Landesfläche als Claims (Aufsuchungsfelder) reservieren lassen. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) im Wirtschaftsministerium geht davon aus, dass in Deutschland 48.000 Bohrungen niedergebracht werden könnten zur Gewinnung von Erdgas mittels hydraulic fracturing (Fracking). Und das in einem Land, in dem praktisch jeder Quadratmeter Boden bereits vom Menschen genutzt wird oder für die Natur – und damit letztlich auch für den Menschen – geschützt werden muss. Dabei ist der enorme Landverbrauch durch Fracking nur ein Aspekt unter vielen anderen, der gegen den Einsatz dieser Fördertechnik in Deutschland – und nicht nur hier! – spricht.

Fritz Buhr, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Paderborner Natur- und Umweltschutzverbände